GVB Genossenschaftsverband Bayern

ARTIKEL

Kommunikation • Presseschau #Negativzinsen 28.10.2021

Der GVB in den Medien

Der GVB wurde in der „Augsburger Allgemeinen“ zum Thema Verwahrentgelte zitiert sowie in der „Bayerischen Staatszeitung“ zu den Vorschlägen der EU-Kommission zu Basel III.

„Augsburger Allgemeine“ vom 28. Oktober 2021

Die „Augsburger Allgemeine“ hat sich in einem Hintergrundartikel mit dem Thema Verwahrentgelte beschäftigt. Wie erklären die Banken in der Region die Lage und was können Kundinnen und Kunden tun? In der Regel belaufe sich der Negativzins auf minus 0,5 Prozent pro Jahr, schreiben die Autoren. Dies sei der Betrag, den die Banken zahlen müssten, wenn sie ihrerseits Geld bei der Europäischen Zentralbank parken. Manche Institute würden aber auch über die Zinssätze hinausgreifen und die Schwelle für Strafzinsen sinke immer weiter, so die Zeitung. „Kreditinstitute tragen der Situation Rechnung, in die sie die EZB seit fast einem Dreivierteljahrzehnt zwingt", wird dazu der Genossenschaftsverband Bayern zitiert. „Für Geld, das Banken bei der EZB lagern, zahlen sie Negativzinsen", so ein Sprecher. Die aktuelle Schwierigkeit entstehe dadurch, dass den Banken mehr Einlagen zufließen, als sie für Kredite wieder ausreichen können. Die Folge sei, dass die Zinsspannen der Banken kollabieren. „Mit jedem neuen Einlagen-Euro, den Banken aktuell annehmen, verschärfen sie diese Entwicklung weiter", wird der GVB-Sprecher im Artikel wiedergegeben. Vertreter von Genossenschaftsbanken aus der Region bestätigen dies. Man rede aber mit den Kundinnen und Kunden darüber, wie sie ihr Geld anlegen und ihren Geldwert erhalten können. „Die Nullzins-Welt können wir nicht ändern, jetzt wollen wir die Menschen mitnehmen und das Ersparte Schritt für Schritt in eine neue Welt überführen“, wird ein Vertreter einer Kreditgenossenschaft dazu zitiert.

„Bayerische Staatszeitung“ vom 29. Oktober 2021

„Genossen ziehen durchwachsenes Fazit zu Basel-III“ titelt die „Bayerische Staatszeitung“ und schreibt, dass der Genossenschaftsverband Bayern mit verhaltener Zustimmung auf die am Mittwoch veröffentlichten Vorschläge der EU-Kommission zur finalen Umsetzung der Basel-III-Vorgaben reagiert habe. Die EU-Kommission habe mit ihrem Zeitplan zwar kluge Einsicht gezeigt. „Sie lässt den Banken den notwendigen Anpassungsspielraum, indem sie das Inkrafttreten der neuen Regelungen um zwei Jahre auf das Jahr 2025 verschoben hat", wird GVB-Präsident Jürgen Gros aus einer

Pressemitteilung zitiert. Kritisch sehe Gros allerdings, dass Nachhaltigkeitskriterien in das Aufsichtsrecht gezwängt wurden. „Bankenaufsicht hat sich allein am Risiko auszurichten“, mahnte Gros.